

Ökonomische Erklärungen des Verhaltens bei aussenpolitischen Abstimmungen. Eine Kritik der Analyse von Aymo Brunetti, Markus Jaggi und Rolf Weder.

KLAUS ARMINGEON*

1. EINLEITUNG

Aymo Brunetti, Markus Jaggi und Rolf Weder haben in dieser Zeitschrift (1998) eine Analyse vorgestellt, der zufolge sich das Verhalten bei Abstimmungen über aussenpolitische Vorlagen auf ökonomische Kalküle zurückführen lasse. Das zentrale Ergebnis lautet, die ökonomischen Verlierer einer aussenwirtschaftlichen Öffnung der Schweiz in der Folge des gescheiterten EWR-Beitritts oder der bilateralen Verträge seien sich ihrer Benachteiligung sehr bewusst und würden sich einer Öffnung widersetzen. Hingegen wären sich die Gewinner nur schwach über ihrer Vorteile im Klaren. Ferner wirke ein Status-Quo Bias. Die Implikationen ihrer statistischen Analyse erachten die Autoren als politisch relevant. Sie argumentieren, eine gewisse Kompensation der Verlierer erscheine notwendig, um den Erfolg der entsprechenden Politikänderung an der Urne zu sichern (BRUNETTI ET AL. 1998: 86). Die Autoren haben diese Überlegung und die Resultate ihrer empirischen Untersuchung jüngst erneut vorgetragen (BRUNETTI ET AL. 1999; JAGGI und WEDER 1999). Die Analyse beruht auf Daten, die auf kantonaler Ebene aggregiert wurden. Die Unterschiede der Ja-Stimmenanteile auf kantonaler Ebene wurden auf Unterschiede der kantonalen Wirtschaftsstruktur zurückgeführt. Die Ergebnisse erwiesen sich auch nach Einführung von Kontrollvariablen als signifikant. Diese Kontrollen bezogen sich auf die Sprachregion, Veränderung der kantonalen Arbeitslosenquote, Anteil der Grenzgänger und kantonsspezifische ‚Patriotismuswerte‘. Unter letzterem verstehen die Autoren, ‚dass in gewissen Kantonen sämtliche Abstimmungsvorlagen, die im weitesten Sinne ‚international‘ seien, einfach aus diesem Grunde abgelehnt werden‘ (p. 78). Bis auf die Grenzgängervariable waren alle Kontrollgrössen signifikant.

Es ist in der sozialwissenschaftlichen Forschung nicht kontrovers, dass aussenwirtschaftspolitische Entscheidungen auch durch ökonomische Kosten-Nutzen-Überlegungen der Individuen bestimmt sind. Insofern ist der Befund von Brunetti et al. trivial. Er wird bedeutsam, wenn die ökonomisch-eigenützigen Motivationen derart stark sein könnten, dass sie die Abstimmung entscheiden. Just dies legen die Autoren nahe, wenn sie argumentieren, Abstimmungserfolge könnten durch Kompensationszahlungen gesichert werden. Diese statistischen Ergebnisse und die daraus abgeleiteten, ordnungs-

* Universität Bern, Politikwissenschaft

fiskalpolitisch schwerwiegenden Vorschläge verdienen nicht nur aufgrund ihrer immensen politischen Bedeutung eine besondere Beachtung. Sie könnten auch geeignet sein, den bislang auf breiter empirischer Basis gut gesicherten sozialwissenschaftlichen Forschungsstand grundlegend in Frage zu stellen. Ihm zufolge sind wirtschaftliche Motive nur zweitrangig (KRIESI ET AL. 1993; VATTER 1994; SCIARINI und LISTHAUG 1997).

Diese Pionierfunktion kann der Beitrag jedoch nicht erfüllen. Er fällt hinter den politikwissenschaftlichen Forschungsstand zurück. Der Erkenntniswert der neu eingeführten Variable ist marginal. Die Zusammenhänge sind zwar signifikant, aber nicht besonders wichtig. Die politischen Empfehlungen sind in keiner Weise durch die statistische Analyse gedeckt. Dies möchte ich im folgenden zeigen.

2. REPLIKATION

Die Studie von Brunetti et al. beruht auf einer schmalen Datenbasis. Es wird von Aggregaten auf individuelles Verhalten geschlossen. Dabei besteht das beträchtliche Risiko des ökologischen Fehlschlusses. Ein solcher Fehlschluss liegt vor, wenn fälschlicherweise angenommen wird, Zusammenhänge auf der Aggregatsebene würden auch auf der individuellen Ebene vorliegen. In der Wahl- und Abstimmungsforschung wird deshalb soweit als möglich mit Individualdaten gearbeitet. Aggregatdatenanalysen werden in diesem Forschungsfeld vorgenommen, wenn Individualdaten nicht oder nicht in der gewünschten Qualität vorliegen oder wenn die Ergebnisse der auf Bevölkerungsumfragen beruhenden Analysen durch eine alternative Strategie überprüft werden sollen. Die Wahlforschung hat Kriterien für die Durchführung von Aggregatdatenanalysen von politischem Verhalten entwickelt (vgl. beispielsweise FALTER 1991: 55–66). Dazu gehört die weitgehende Disaggregation, d. h. es sollen möglichst kleine Untersuchungseinheiten – und damit auch möglichst grosse Fallzahlen – angestrebt werden. Damit lässt sich das Risiko des ökologischen Fehlschlusses zwar nicht beseitigen, aber verringern. VATTER (1994) ist so in seiner Untersuchung des EWR-Abstimmungsverhalten vorgegangen. Er hat Daten zu den 2907 schweizerischen Gemeinden ausgewertet. Es ist unklar, weshalb Brunetti et al. die eindeutig schlechtere Grundlage kantonaler Daten gewählt haben, obwohl die Daten – auch hinsichtlich der Branchenstruktur (vgl. VATTER 1994) – auf Gemeindeebene erhoben hätten werden können. Wenn man nicht die Annahme machen möchte, die Autoren seien mit dem Forschungsstand nicht vertraut, ist es darüber hinaus völlig unverständlich, weshalb sie den Leserinnen und Lesern in der Diskussion ihrer Ergebnisse verschweigen, dass andere Arbeiten auf besserer empirischer Basis zu deutlich anderen Ergebnissen kommen. Freilich hätten Brunetti et al. gar nicht die Strategie der Analyse von kantonalen Daten wählen müssen, die mit dem extrem hohen Risiko des ökologischen Fehlschlusses und einer geringen Robustheit der Modellschätzungen auf der Basis von 26 Fällen verbunden ist. Für die Überprüfung ihrer zentralen These liegen Individualdatensätze vor, die ausreichend Informationen enthalten, um Personen in Bezug auf die individuellen Vor- bzw. Nachteile einer europäischen Integra-

tion zu klassifizieren. Dies betrifft besonders die Umfrage aus Anlass der Abstimmung vom Dezember 1992 (EWR) und die Erhebung aus Anlass der Eidgenössischen Wahlen 1995. Eine der neuesten Umfragen in diesem Zusammenhang ist der 1998 durchgeführte ‚Schweizer Arbeitsmarktsurvey‘¹. Er enthält – wie auch schon der Datensatz zur EWR-Abstimmung – Angaben zur Beschäftigung nach Branchen. Der Arbeitsmarktsurvey bildet die Datenbasis der folgenden Re-Analysen. Er enthält für die hier analysierten 2205 erwerbstätigen Schweizer Stimmbürger Daten zu den bei Brunetti et al. zentralen und signifikanten theoretischen Variablen². Um die Ergebnissen leichter mit jenen von Brunetti et al. vergleichbar zu machen, wurde eine logistische Regression mit der dichotomen abhängigen Variable ‚Einstellung zur EU-Mitgliedschaft‘ durchgeführt. Werden die Informationen zur abhängigen Variable vollständig ausgewertet (Verzicht der binären Kodierung der Ursprungsvariablen), ergeben sich keine substantielle Veränderungen der Resultate. Die Schätzung erfolgt mit dem Maximum-Likelihood Verfahren. Um die Vergleichbarkeit mit Brunetti et al. zu erleichtern, werden die Regressionskoeffizienten mit ihren Standardfehlern ausgewiesen. Ferner werden die Effektkoeffizienten angegeben. Da die Regressionskoeffizienten zum Ausmass der ausgelösten Veränderungen in einer logistischen Beziehungen stehen, sind sie schwer zu interpretieren. Durch Entlogarithmieren der Logitgleichung entstehen die Effektkoeffizienten. Sie informieren darüber, um welchen Faktor sich das Wahrscheinlichkeitsverhältnis von Pro vs. Contra europäischer Integration verändert, wenn sich die unabhängige Variable um eine

1. Der Arbeitsmarktsurvey wurde von ANDREAS DIEKMANN und mir geleitet und vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanziert. Die international vergleichbaren ISSP-Module ‚Role of Government‘ und ‚Work Orientation‘ sind bei SIDOS zu beziehen, ab Januar 2000 ist der vollständige Datensatz für Re-Analysen zugänglich.
2. (a) Einstellung zur Öffnung der Schweiz auf einer 6-er Skala (Sind Sie für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union oder für den Alleingang der Schweiz? 1 bedeutet ‚sehr für den Beitritt‘ und 6 bedeutet ‚sehr für den Alleingang‘). Für die binäre logistische Regression wurde die Variable rekodiert. 1–3 wurde als 1, 4–6 als 0 kodiert.
- (b) Beschäftigung nach Branche. Einteilung der Branchen in Verlierer, Gewinner, neutral nach Brunetti et al. 1998: 87; der Handel und das Reparaturgewerbe wurden bei Brunetti et al. als Subbranchen mit verschiedener Beurteilung klassifiziert; aufgrund der Dominanz des als Verlierer klassifizierten Detailhandels in dieser Beschäftigungsgruppe wurde sie als Verliererbranche klassiert. Verkehr und Kommunikation wurden für die statistische Analyse als neutral eingruppiert. Weiss nicht/keine Antwort wurde als neutral eingestuft. Die sonstige verarbeitende Industrie umfasste eine Gruppe von Branchen, in denen die Verlierer in der eindeutigen Mehrzahl sind; sie wurde mithin als Verliererbranche kodiert. Die öffentliche Verwaltung wurde als neutral eingestuft.
- (c) Arbeitslosigkeit: Inwieweit, wenn überhaupt, machen Sie sich Sorgen, dass Sie eventuell Ihre Stelle verlieren könnten (1= grosse Sorgen, 4=gar keine Sorgen).
- (d) Dummyvariable für Sprache/Westschweiz: 1 wenn Interview auf französisch geführt wurde, sonst 0.
- (e) Patriotismuswerte. Hier handelt es sich um ein bei Brunetti et al. wenig expliziertes Konzept. Ich fasse es als politische Ideologie, die üblicherweise mit der Links-Rechts-Skala gemessen wird. Die Frage lautet: ‚Viele Leute verwenden die Begriffe LINKS und RECHTS, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn wir einen Massstab von 1–10 verwenden, mit 1=links und 10=rechts. Wo auf diesem Massstab würden Sie Ihre eigene politische Einstellung einstufen?‘

Einheit ändert. Als Indikator der Passgüte des Modells dient – wie bei BRUNETTI ET AL. (1998) – der Likelihood-Ratio-Index (LRI), der auch als McFadden's Rho-Squared bekannt ist. Der LRI eignet sich ferner zu Abschätzung des Nettoeffekts einer Variablen, wenn das Modell zunächst ohne und dann mit dieser Variablen geschätzt wird.

Tabelle 1: Re-Analyse der Brunetti et al.-Studie auf der Basis des Schweizer Arbeitsmarktsurveys

(Abhängige Variable: Logit transformierte Einstellung zur europäischen Integration der Schweiz: 1 = dafür, 0 = dagegen)

<i>Unabhängige Variablen</i>	<i>Ökonomisches Modell</i>	<i>Ökonomisches Modell mit Kontrollen</i>
Regressionskoeffizienten/(Standardfehler)/Effektkoeffizienten		
<i>Konstante</i>	.97* (.07)	2.88* (.32)
<i>Gewinner-Branche</i>	-.16 (.16) .86	
<i>Verlierer-Branche</i>	-.48* (.11) .62*	-.44* (.13) .64*
<i>Westschweiz (Sprache)</i>		1.29* (.19) 3.63*
<i>Arbeitslosigkeit (Sorgen)</i>		-.13 (.07) .88
<i>Ideologie (Links-Rechts)</i>		-.33* (.04) .72*
<i>LRI</i>	.01	.10
<i>N</i>	1870	1435

* signifikant, $p < 0.05$

Brunetti et al.'s Ergebnisse erweisen sich in einer Hinsicht auch in der Individualdatenanalyse als robust. Beschäftigte in Gewinnerbranchen unterscheiden sich in Bezug auf die Einstellung zur ausenpolitischen Öffnung der Schweiz nicht von den Beschäftigten in Branchen, die von der Öffnung nicht betroffen würden. Beschäftigte in Verliererbranchen sind überzufällig stärker gegen eine Öffnung. Allerdings ist die Erklärungs-

kraft dieses Modells minimal. Bei einem LRI-Wert von 0.01 rechtfertigt nichts die Annahme, die Kompensation der Beschäftigten in Verliererbranchen könnte den Erfolg der EU-Integration an der Urne sichern. Dies zeigt sich auch bei der Schätzung eines Modells, dessen unabhängige Variablen lediglich die drei Kontrollvariablen – Ideologie, Furcht vor Arbeitslosigkeit und Zugehörigkeit zur französischen Sprachgruppe – sind. Der LRI dieses Modells ist 0.09. Die Effekte der Branchenzugehörigkeit sind im Vergleich mit diesen Kontrollen marginal. Fügt man einem Modell mit den drei Kontrollvariablen noch die Verlierer-Variable hinzu, so steigt der LRI auf 0.10.

Die Unterlegenheit der von Brunetti et al. favorisierten ökonomischen Erklärung des aussenpolitischen Abstimmungsverhaltens zeigt sich im Vergleich mit einem politikwissenschaftlichen Standardmodell. Hier wird argumentiert, dass die wichtigste Determinante der Einstellung zur europäischen Integration politische Grundsatzüberzeugungen sind. Dazu gehören in erster Linie die ideologischen Orientierungen und die Einstellung zu den Traditionen und Mythen des Schweizertums. In zweiter Linie sei wichtig, ob man selbst von der Öffnung profitiere. Die Chancen seien desto höher, je grösser die berufliche Qualifikation sei und je schwächer man dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sei³.

Die Analyse zeigt, dass politische Grundsatzüberzeugungen und nicht wirtschaftliche Motive die zentralen Ursachen der aussenpolitischen Entscheidungen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind. Ökonomische Motive sind zweifelsfrei vorhanden, jedoch nur zweitrangig. Das Wahrscheinlichkeitsverhältnis einer Ablehnung vs. einer Befürwortung der europäischen Integration der Schweiz ändert sich bei einem Wechsel von einer Nicht-Verlierer- zu einer Verliererbranche etwa gleich stark, wie bei einer geringfügigen Verschiebung der eigenen Position im Links-Rechts-Spektrum um eine Einheit auf einer Skala mit 10 Punkten oder wie bei einer geringfügigen Verschiebung der eigenen Stellung zu den Schweizer Traditionen um einen Punkt auf einer 6er-Skala. Die Passgüte des politikwissenschaftlichen Standardmodells wird kaum verbessert, wenn Informationen zur Beschäftigungsbranche ausgewertet werden.

3. (a) Ideologie wurde mit der Links-Rechts-Skala gemessen
- (b) Einstellungen zur Traditionen und Mythen des Schweizertums wurden mit der folgenden Frage gemessen: 'Sind Sie für eine Schweiz, die ihre Traditionen verteidigt oder für eine Schweiz, die ihre Traditionen in Frage stellt? 1 bedeutet 'sehr für Traditionen verteidigen', 6 bedeutet 'sehr für Traditionen in Frage stellen'.
- (c) Berufliche Qualifikation wurde mit der zeitlichen Dauer der schulischen Ausbildung gemessen.
- (d) Bedrohung durch Arbeitslosigkeit wurde wie im vorherigen Modell ('Sorgen um Arbeitsplatz') gemessen.
- (e) Zugehörigkeit zur Westschweizer Sprachregion wurde wie im vorherigen Modell als Dummy-Variable gemessen (1= französischsprachig, sonst 0).

Tabelle 2: Politikwissenschaftliches Modell der Einstellung zu europäischen Integration der Schweiz

(Abhängige Variable: Logit transformierte Einstellung zur europäischen Integration der Schweiz: 1 = dafür, 0 = dagegen)

<i>Unabhängige Variablen</i>	<i>Politikwissenschaftliches Standardmodell</i>	<i>Standardmodell mit ‚Verlierer‘</i>
Regressionskoeffizienten/(Standardfehler)/Effektkoeffizienten		
<i>Konstante</i>	1.43* (.44)	1.65* (.45)
<i>Ideologie (Links-Rechts)</i>	-.30* (.04) .74*	-.29* (0.4) .75*
<i>Westschweiz (Sprache)</i>	1.23* (.19) 3.44*	1.22* (.19) 3.34*
<i>Traditionen (Verteidigung)</i>	.23* (.04) 1.26*	.23* (.04) 1.25*
<i>Qualifikation (Ausbildung)</i>	.04* (.02) 1.05*	.04 (.02) 1.04
<i>Arbeitslosigkeit (Sorgen)</i>	-.16* (.08) .85*	-.16* (.08) .85*
<i>Verlierer-Branche</i>		-.35* (.13) .71*
<i>LRI</i>	.11	.12
<i>N</i>	1435	1423

* signifikant, $p < .05$.

3. FAZIT

Brunetti et al. legen wichtige deskriptive Analysen zur möglichen Betroffenheit einzelner Branchen durch die europäische Integration vor. Ihre Überlegung zur unterschiedlichen politischen Mobilisierbarkeit von Gewinnern und Verlierern der europäischen Integration sind anregend. Freilich basieren ihre empirischen Belege auf der letztlich

spekulativen Zuordnung von Branchen zu den Benachteiligten und Bevorzugten einer zukünftigen europäischen Integration, auf der Annahme der weitgehend gleichmässigen Betroffenheit aller Angehörigen einer Branche und auf der Annahme, dass die Mitglieder einer Verliererbranche gut darüber informiert sind, dass sie Nachteile erleiden werden. Dies sind jedoch deshalb nur nachrangige Probleme, weil die Unterteilung in Verlierer und Gewinner politisch nur marginal relevant ist, wie die empirische Analyse zeigt.

Von viel grösserer Wichtigkeit sind hingegen die grundsätzlichen politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf das ideologische Spektrum und in Bezug auf die Bewahrung der Traditionen des Schweizertums. Solche politikwissenschaftlichen Erklärungen sind dem vorgestellten ökonomischen Modell überlegen. Ökonomische Motive der aussenpolitischen Entscheidungen sind nur zweitrangig. Kompensationszahlungen, wie sie von Brunetti et al. vorgeschlagen werden, können schwerlich den Erfolg an der Urne sichern – ausser wenn es sich um eine äusserst knappe Entscheidung handeln würde. Solange es das Doppelmehr von Volk und Ständen bei EWR- und EU-Beitritt gibt, kann davon jedoch gegenwärtig keine Rede sein. Eine Verbreiterung der dürftigen empirischen Basis der Analyse, eine Auswertung der methodischen Erfahrung der Wahl- und Abstimmungsforschung und eine systematische Aufarbeitung des Forschungsstandes hätten Brunetti et al. davor bewahren können, ihre irrige Politikempfehlung zu formulieren.

LITERATUR

- BRUNETTI, A.; JAGGI, M.; WEDER, R. (1998), *Umverteilungswirkungen einer wirtschaftlichen Öffnung und Abstimmungsverhalten: Eine Analyse am Beispiel des Schweizer EWR-Entscheids*, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 134/1: 63–91.
- BRUNETTI, A.; JAGGI, M.; WEDER, R. (1999), *Die Schweiz in der europapolitischen Zwickmühle. Wirtschaftliche Umverteilung als entscheidender Faktor in der Aussenpolitik*, Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- FALTER, J. W. (1991), *Hitlers Wähler*, München, Beck.
- JAGGI, M.; WEDER, R. (1999), *Die Mühen der Schweiz mit der EU. Kompensation der Verlierer als innenpolitischer Schachzug?*, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 212, 13. September 1999.
- KRIESI, H.; LONGCHAMP, C.; PASSY, F.; SCIARINI, P. (1993), *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 6. Dezember 1992 (Bundesbeschluss über den europäischen Wirtschaftsraum)*, Bern/Genf, GfS/Université de Genève, Département de Science Politique.
- SCIARINI, P.; LISTHAUG, O. (1997), *Single cases or a unique pair? The Swiss and Norwegian „No“ to Europe*, Journal of Common Market Studies 35/3: 407–438.
- VATTER, A. (1994), *Der EWR-Entscheid: Kulturelle Identität, rationales Kalkül oder struktureller Kontext?*, Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 20/1: 15–42.

SUMMARY

According to BRUNETTI ET AL. (Swiss Journal of Economics and Statistics, 134/1, 1998) economic interests are of crucial importance for individual behaviour in popular votes on European integration in Switzerland. Compensation of losers might be a feasible strategy in creating majorities for international economic integration. However, there is only weak empirical evidence for this hypotheses. Rather, behaviour in popular votes is mainly driven by non-economic motives. Economic calculus is only of marginal importance. The empirical analysis is based on the 'Swiss Labour Market Survey' 1998.

RESUME

Selon BRUNETTI ET AL. (Revue suisse d'Economie politique et de Statistique, 134/1, 1998), les intérêts économiques sont d'une importance cruciale pour le comportement individuel dans les votations populaires sur l'intégration européenne en Suisse. La compensation des perdants pourrait être une stratégie permettant de créer des majorités en faveur de l'intégration économique internationale. Cependant, l'évidence empirique soutenant cette hypothèse est faible. Au contraire, le comportement de vote est principalement déterminé par des motifs non économiques. Le calcul économique n'est que d'une importance marginale. L'analyse empirique est basée sur le „Survol du marché du travail suisse“ de 1998.